

**Interpellation SVP-Fraktion:
«Untergetauchte Asylbewerber – Scheitern der Asylgesetzgebung**

In der Schweiz nimmt die Zahl der abgetauchten Asylbewerber und der sich in der Schweiz illegal befindenden Personen rapide zu und wird weiter zunehmen. Dies zeigen einerseits die Zahlen des Grenzwachtkorps (GWK) sowie die Asylstatistik. So sind im Jahr 2016 schweizweit rund 9'000 Asylbewerber untergetaucht, was zum Vorjahr mehr als doppelt so viele sind. Diese Zahl ist erschreckend, wissen wir doch nicht, wo sich diese Menschen jetzt aufhalten. Zudem zeigt dies auf, dass wir nicht wissen, wie viele Menschen in unserem Land bzw. unserem Kanton leben. Die vielen untergetauchten Asylbewerber zeigen erneut ein Scheitern der Asylpolitik auf. Den Bürgerinnen und Bürgern wurde im Rahmen der Abstimmungskampagne über das neue Asylgesetz (SR 142.31; abgekürzt AsylG) vermeintlich aufgezeigt, dass man mit dem neuen Gesetz die Asylpolitik in den Griff bekomme. Die SVP-Fraktion hat im Vorfeld der Abstimmung klar darauf hingewiesen, dass das neue System nur mehr Menschen in den Prozess aufnimmt, die Rückschaffung und Abweisung jedoch überhaupt nicht klärt.

Wir bitten die Regierung um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Wie hat sich die Zahl der abgetauchten Asylbewerber im Kanton St.Gallen in den letzten fünf Jahren entwickelt? Ist die Zahl der Asylbewerber, die abtauchen, in allen Unterkünften im Kanton prozentual gleich hoch oder gibt es hier Unterschiede?
2. Wie will die Regierung in Zukunft gewährleisten, dass weniger Asylbewerber abtauchen?
3. Wie werden gegen in der Schweiz wohnhafte Personen oder schweizerische Hilfsorganisationen vorgegangen, die Asylbewerber zum Abtauchen in die Illegalität ermuntern, ihnen dabei helfen und ihnen Unterschlupf gewähren?
4. Wie viele dieser Fälle von Hilfestellungen beim Abtauchen von Asylbewerbern wurden in den letzten drei Jahren den Behörden gemeldet? Wie verhält sich die zahlenmässige Entwicklung?
5. Wie beurteilt die Regierung die Situation, dass mit dieser Abtauchungstendenz auch die grenzüberschreitende Kriminalität zunimmt und gefördert wird?
6. Gibt es Hinweise, dass aus dieser Tendenz die organisierte Kriminalität Profit schlagen könnte?
7. Welche gesetzlichen Grundlagen müssen geschaffen werden, damit die aktuelle Tendenz minimiert oder unterbunden werden kann?»

20. Februar 2017

SVP-Fraktion